

Bankenbrief - Ausgabe 2021-134

Das Thema

HypoVereinsbank bekommt mehr Eigenverantwortung im UniCredit-Konzern

Die UniCredit-Tochter HypoVereinsbank (HVB) soll innerhalb des Konzerns mehr Eigenständigkeit erhalten. Das Deutschland-Geschäft werde wie die Heimatregion Italien künftig als eigene geographische Einheit geführt, teilte die italienische Großbank heute mit. "Dies ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel, die Komplexität, die dieses Geschäft zu lange geprägt hat, zu vereinfachen und zu reduzieren", hieß es. Andrea Orcel, der seit April neuer Chef des Konzerns ist, will nach eigenen Worten das Finanzinstitut schlagkräftiger machen, indem er Überschneidungen aufhebt und Prozesse verschlankt. So wurden in den vergangenen Monaten einige Doppelspitzen und interne Komitees abgeschafft. Bislang waren Italien und Deutschland unter der Region Westeuropa angesiedelt. Diese Führungsebene wurde unter Orcel aufgelöst, Deutschland-Chef Michael Diederich berichtet nun direkt an den Vorstandschef. Das Geschäft der HVB wird künftig in drei Bereiche aufgeteilt: Das Segment Firmenkunden unter der Leitung von Markus Beumer, das Investmentbanking unter der Führung von Jan Kupfer sowie das Privatkunden-Geschäft mit noch vakanter Spitzenposition, da der bisherige Chef Jörg Frischholz zur Nord/LB wechselt. Durch die stärkere Eigenverantwortung der Regionen könne besser auf die Kundenbedürfnisse eingegangen werden – es seien weniger Abstimmungen notwendig, erklärte Orcel. Er übernimmt auch den Vorsitz im Aufsichtsrat der HVB. Der frühere Investmentbanker löst Gianpaolo Alessandro ab, der als Stellvertreter im zwölf Mitglieder zählenden Gremium bleibt. Fiona Melrose, die Strategiechefin der UniCredit, zieht ebenso neu in den Aufsichtsrat ein. Das Gremium verlassen wird dafür Olivier Khayat, der als Co-CEO für die Region Westeuropa zuständig ist, und Finja Kütz, Chief Transformation Officer der UniCredit.

[handelsblatt.com]

[fondsprofessionell.com]

[globalcapital.com]

[wiwo.de]

[boersen-zeitung.de]

Meldungen

Studie: Größere Aufsichtskonkurrenz als Brexit-Folge

Zwischen Großbritannien und dem Euroraum könnte es einer Studie zufolge zu einem härteren Standortwettbewerb wegen der unterschiedlichen Praktiken der beiden Bankenaufsichtsbehörden kommen. Die Kapitalanforderungen an die Geldhäuser fielen bei der britischen Aufsicht PRA deutlich weniger streng aus als bei der Kontrollbehörde, die bei der Europäischen Zentralbank (EZB) angesiedelt ist, hieß es in der Analyse des Leibniz-Instituts für Finanzmarktforschung SAFE im Auftrag des EU-Parlaments. "Mit dem Verlassen der Europäischen Union gewinnt Großbritannien mehr regulatorischen Spielraum zurück und kann auf Basis einer schlankeren Aufsichtstruktur schnellere Entscheidungen in Krisenzeiten treffen", erklärte Tobias Träger, Direktor beim SAFE-Institut und Mitautor der Studie. Die Bankenaufsicht des Euroraums sei dagegen komplex und schwerfällig. Allerdings sei positiv zu bewerten, dass die Eurozone im Zuge der Bankenunion ein Sicherheitsnetz für die Institute für künftige Krisen spanne.

[wiwo.de]**[faz.net]**

Fed kündigt Arbeitspapier zu digitalen Währungen an

Die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) wird nach Worten ihres Chefs, Jerome Powell, voraussichtlich im September ein Arbeitspapier zu digitalen Währungen und Zahlungssystemen vorlegen. Darin sollen die Vor- und Nachteile abgewogen werden, erklärte er bei einer Kongressanhörung. Ob die Fed das Digitalgeld einführen werde, sei noch nicht entschieden. Dafür spräche, eine Alternative zu den vielen privaten Initiativen für Kryptowährungen und Stable Coins zu bieten. Sollte die Fed eine digitale US-Währung ins Leben rufen, wären die privaten wohl überflüssig, meinte Powell.

[handelszeitung.ch]**[boerse-online.de]**

Bankenbrief

EuGH-Urteil: LBBW gewinnt gegen Abwicklungsbehörde SRB

Vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) hat die Landesbank Baden-Württemberg einen Rechtsstreit gegen den Einheitlichen Abwicklungsausschuss (SRB) für Banken gewonnen. Die Richter erklärten einen Beschluss über die Berechnung von im Voraus erhobenen Beiträgen zum Einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF) für nichtig. Dieser sei von der SRB unzureichend begründet worden. In den Fonds zahlen jährlich mehrere Tausend Finanzinstitute Beiträge ein, die durch die Abwicklungsbehörde SRB festgelegt werden. Die LBBW klagte gegen den Beitrag im Jahr 2017. Bereits das EU-Gericht hatte der Bank Recht gegeben. Der SRB legte daraufhin Rechtsmittel ein. Die Landesbank teilte nach der Erklärung des EuGH mit, sie gehe davon aus, dass sie einen neuen Bescheid erhalte.

[juris.de]

SNB und SIX wappnen sich gegen Hackerangriffe

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) und die Schweizer Börse SIX rüsten sich mit einem neuen abgesicherten Kommunikationsnetzwerk gegen die Cyber-Kriminalität. Mit dem Secure Swiss Finance Network (SSFN) soll die Widerstandsfähigkeit des Schweizer Finanzsystems gegen Cyberrisiken erhöht werden, teilten SNB und SIX heute mit. Der Start sei im November geplant. Das SSFN werde in enger Zusammenarbeit mit den Telekom-Gesellschaften Sunrise UPC, Swisscom und Switch sowie dem Software-Anbieter Anapaya Systems bereitgestellt. Vorerst werde es parallel zum "bereits sehr sicheren" bestehenden SIX-Kommunikationsdienst arbeiten.

[blick.ch]

[cash.ch]

Morgan Stanley mit Gewinnsprung

Starke Zuwächse im Investmentbanking und in der Vermögensverwaltung haben der US-Bank Morgan Stanley im zweiten Quartal deutlich mehr Umsatz und Gewinn beschert. Wie das Institut heute mitteilte, stieg der Überschuss auf 3,5 Milliarden Dollar (3,0 Milliarden Euro). Das waren 10 Prozent mehr als vor einem Jahr. Die gesamten Einnahmen der Bank wuchsen um 8 Prozent auf 14,8 Milliarden Dollar.

[finanzen.net]

Verdi kündigt weitere Warnstreiks bei Sparda-Banken an

Die Gewerkschaft Verdi bereitet nach dem Scheitern der dritten Tarifrunde weitere Warnstreiks und Aktionen bei den Sparda-Banken in Deutschland vor. "Wir müssen weiteren Druck aufbauen, damit Bewegung reinkommt", sagte der Verhandlungsführer der Gewerkschaft, Kevin Voß, heute. Für den 13. September sei ein nächster Verhandlungstermin vereinbart worden, der voraussichtlich wieder in Frankfurt stattfindet. Bislang sei das Angebot der Arbeitgeber mit 27 Monaten Laufzeit ab 1. April 2021, einer Einmalzahlung von 400 Euro und einem Gehaltsplus von 0,75 Prozent ab dem 1. Januar 2023 meilenweit von den Forderungen der Gewerkschaft entfernt, erklärte Voß. Verdi fordert für die bundesweit etwa 5.600 Beschäftigten 3,5 Prozent mehr Geld, mindestens aber 120 Euro. Zudem sollen die Beschäftigten zwischen mehr Gehalt oder mehr Freizeit wählen dürfen und vor betriebsbedingten Kündigungen geschützt sein.

[zeit.de]

Chinas Wirtschaft weiter auf Erholungskurs

Die chinesische Wirtschaft ist im zweiten Quartal im Vorjahresvergleich um 7,9 Prozent gewachsen. Dies teilte das Statistikamt der Volksrepublik heute in Peking mit. Damit fallen die neuen Wachstumszahlen geringer als im ersten Quartal aus, als die Wirtschaft um 18,3 Prozent zugelegt hatte. Dennoch liegen die aktuellen Zahlen im Rahmen der Erwartungen, und Experten deuten sie als Zeichen einer anhaltenden Erholung. Die Weltbank schätzte zuletzt, dass die chinesische Wirtschaft im Gesamtjahr um 8,5 Prozent zulegen könnte, China selbst rechnet offiziell mit mehr als 6 Prozent. Für die Region Ostasien und Pazifik ohne China korrigierte die Weltbank ihre Wachstumsprognose wegen schleppender Impfstoffversorgung nach unten. Für dieses Jahr werde ein Wachstum von 4 Prozent erwartet, sagte Weltbankpräsident David Malpass heute. Im März war noch von 4,4 Prozent ausgegangen worden.

[manager-magazin.de]**[sueddeutsche.de]**

Die Köpfe

Bankenpräsident Sewing: Banken sind Herz-Kreislauf-System der Wirtschaft

Christian Sewing hat in seinem ersten Interview als Bankenpräsident die Bedeutung von wettbewerbsfähigen Banken für die deutsche und europäische Wirtschaft betont. "Der Fokus muss doch darauf liegen, dass wir die Rahmenbedingungen für die Banken nicht schwächen, sondern stärken. Denn wir brauchen wettbewerbsfähige Banken für eine starke Wirtschaft. Wir müssen den Zweck und die Rolle der Banken besser erklären, insbesondere, dass wir das Herz-Kreislauf-System der Wirtschaft sind", sagte der Vorstandschef der Deutschen Bank im Gespräch mit der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Sewing sprach sich dafür aus, die europäische Bankenunion voranzutreiben und setzte sich für eine gemeinsame Einlagensicherung ein. "Die Europäische Einlagensicherung ist ein wichtiger Baustein, wenn es darum geht, die Bankenunion und den Finanzbinnenmarkt zu vollenden. Wir brauchen Bewegung in dieser etwas festgefahrenen Debatte. Ich sehe es als meine Aufgabe als Präsident des Bankenverbandes, dieses Thema voranzutreiben", sagte er. Zur anhaltenden Negativzinspolitik der EZB erklärte er: "Natürlich erhoffen wir uns genauso wie viele Bürgerinnen und Bürger nun ein Ende der negativen Zinsen. Das muss unser Ziel sein. Für die Altersvorsorge braucht es positive Zinsen."

[faz.net]

[bankenverband.de]

Fed-Chef Powell sieht keine Gefahr durch Immobilienboom

US-Notenbank-Chef Jerome Powell hält es für unwahrscheinlich, dass durch den derzeitigen Immobilienboom eine neue Finanzkrise entstehen könnte. Bislang zeichne sich nicht ab, dass der Markt durch eine "riskante Kreditvergabe" angetrieben werde, erklärte der Fed-Chef vor einem US-Kongressausschuss. Die von der Fed im Rahmen ihrer Wertpapierkäufe erworbenen Hypothekensicherheiten seien im Zusammenhang mit dem Preisanstieg der Häuserpreise nur ein Faktor unter vielen, jedoch kein besonders wichtiger. Auch die erhöhte Inflationsrate löse bei ihm keine Besorgnis aus. Diese sei

Bankenbrief

vorübergehend und dürfte sich in den kommenden Monaten wieder abschwächen.

[fondsprofessionell.at]

[manager-magazin.de]

EZB-Notenbanker Visco: Ultralockere Geldpolitik dauert an

EZB-Ratsmitglied Ignazio Visco geht davon aus, dass die Geldpolitik absehbar nicht gestrafft wird. Die nächste Zinssitzung der EZB ist am 22. Juli. Es gebe Übereinstimmung, dass die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen für eine lange Zeitstrecke sichergestellt werden müssen, erklärte der Chef der Banca d'Italia. Eine entschlossene Haltung sei notwendig. Die geldpolitische Strategie der Euro-Notenbank besage, dass andauernde geldpolitische Maßnahmen nötig seien, wenn die Zinsen in einer Wirtschaft besonders tief liegen würden. "Das könnte sogar eine moderate und vorübergehende Phase mit einer Inflation implizieren, die über dem Ziel liegt, das wir haben", sagte Visco.

[finanzen.net]

Die Tweets des Tages

"Wir Banken sind das Herz-Kreislauf-System der Wirtschaft". In seinem ersten Interview als Bankenpräsident spricht Christian Sewing über wichtige Themen der **#Banken**: Wettbewerbsfähigkeit, europäische Bankenunion, Regulierung und Finanzierung der Wirtschaft. **#Thread**. Unseren Artikel über das Interview in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" findet ihr hier: [go.bdb.de/npjk1](https://www.bdb.de/npjk1)

[twitter.com]

"Wir Banken müssen unseren Heimatmarkt europäisch definieren. Ein integrierter europäischer Markt ist stark und groß, damit wollen und müssen auch andere Kontinente zusammenarbeiten." Bankenpräsident Christian Sewing im Interview. **#BankenUnion #Europa**

[twitter.com]

Bankenbrief

"Wir brauchen mehr Europa. Nur dann können wir uns im Wettbewerb mit Amerika und China behaupten. Für Deutschland alleine wird das hingegen auf Dauer schwierig werden." Bankenpräsident Christian Sewing im Interview. [#Europa](#)

[twitter.com]

Am Vortag meistgeklickt

Was wirklich hinter einer Job-Absage stecken kann

Die Stellenausschreibung passt perfekt zum eigenen Profil, die Bewerbungsmappe erfüllt auch die kritischsten Anforderungen. Dennoch bekommt der Job-Aspirant erst nach Wochen eine Nachricht – die Ablehnung. Headhunter Henrik Zaborowski weiß: "Die Gründe für eine Absage sind sehr oft völlig banal und haben nichts mit den Bewerbern persönlich zu tun." Denn am Ende entscheiden Führungskräfte einer Fachabteilung. "Und die machen Recruiting oft nebenher." Welche Gründe noch zu vergeblichen Bewerbungen führen können, lesen Sie hier:

[handelsblatt.com]

Was morgen wichtig wird

Das europäische Statistikamt Eurostat gibt die endgültigen Zahlen für die Inflationsrate im Euroraum für Juni 2021 bekannt. – Die schwedische Bankengruppe Svenska Handelsbanken veröffentlicht ihr Ergebnis für das zweite Quartal. – Die japanische Notenbank verkündet ihren Zinsentscheid. – Die Universität von Michigan teilt ihre erste Einschätzung zum US-Verbrauchervertrauen im Juli mit. – US-Finanzministerin Janet Yellen und der Chef der US-Notenbank, Jerome Powell, beraten bei einem Treffen mit Regulierern über die Auswirkungen des boomenden Wohnungsmarktes und die möglichen Risiken für das Finanzsystem. – Vor dem Landgericht Wiesbaden wird der Prozess zu Cum-Ex-Aktiendeals fortgesetzt.

Der Nachschlag

Wie Sie sehr schnell Ihre Mitarbeiter demotivieren

Werben Sie für Offenheit und Dialog im Unternehmen und ermuntern Ihre Mitarbeiter zur Kritik? Wenn dann tatsächlich jemand den Mund aufmacht, reagieren Sie dann öfters mal beleidigt und gehen zum Gegenangriff über? So demotivieren Sie Ihre Mitarbeiter garantiert. Wie man das Arbeitsleben zur Hölle macht, haben die Autoren Fabian Kendzia und Lorenz Ritter aufgelistet. Ihr "Anti-Ratgeber" zeigt die gravierendsten Fehler auf, die Sie als Chefin oder Teamleiter machen können. So sollten Sie beispielsweise das "Chempeln" vermeiden. Was das heißt und was Sie sonst noch unterlassen sollten, lesen Sie hier:

[[impulse.de](https://www.impulse.de)]